

Erhöhung der Regelsätze verausgabt werden. 480 Milliarden € waren es für die Rettungsschirme für die Banken. Das ist ein Missverhältnis, das die Politik des sozialen Kahlschlags von Schwarz-Gelb noch einmal zementiert.

Die Grünen sprachen eben davon, dass sie dem Gesetz im Bundesrat nicht zustimmen werden. Liebe Frau Kraft, habe ich mich verhört? Sie sagten, Sie würden das Gesetz nicht im Bundesrat blockieren,

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das geht in den Vermittlungsausschuss!)

Sie würden den Vermittlungsausschuss anrufen. Das ist eine Rumeierei.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Sie müssen sich entscheiden: Ist es ein schlechtes Gesetz, oder ist es ein gutes Gesetz?

(Zurufe von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie eiern schon wieder!)

Entweder sind die geäußerten Worte der Kritik Fensterreden oder nicht.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn es ein schlechtes Gesetz ist, ist es abzulehnen. Wenn es ein gutes Gesetz ist, ist die Kritik hier Unfug.

(Heike Gebhard [SPD]: Was passiert denn, wenn eine Ablehnung erfolgt?)

Ihr Abstimmungsverhalten, liebe Abgeordnete von SPD und Grünen, wird der Lackmestest für die rot-grüne Minderheitsregierung.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Dr. Butterwegge. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich gucke noch einmal in die Runde, damit wir nichts übersehen. Es ist so. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Wir kommen, da wir uns in einer verbundenen Debatte befunden haben, zur Abstimmung über den Eilantrag. Sie wissen, dass nach unserer Geschäftsordnung Eilanträge direkt abzustimmen sind. Das tun wir jetzt auch. Wir stimmen also über den Inhalt des Eilantrags der Fraktion der FDP Drucksache 15/238 ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag ...

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Auszählen!)

– Bitte?

(Zurufe von der CDU)

– Nein, ich kann gerne noch einmal die Gegenprobe aufrufen, damit Sie es erneut sehen: Wer mit Nein stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Heiterkeit)

Vielen Dank. Damit ist der **Eilantrag Drucksache 15/238** bei Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken bei Zustimmung der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.

(Minister Johannes Remmel: Noch mal! Das war so schön!)

Wir verlassen diesen Tagesordnungspunkt und rufen auf:

## 2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/200

erste Lesung

In Verbindung mit:

### **Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/207

erste Lesung

Während Kolleginnen und Kollegen den Raum verlassen, darf ich noch einmal daran erinnern, dass die Fraktionen verabredet haben, die Debatte zur Einbringung des Nachtragshaushaltes unmittelbar nach der Einbringung und die Debatte zum GFG im Anschluss zu führen.

Für die **Einbringung des Nachtragshaushaltes** erteile ich für die Landesregierung dem Finanzminister, Dr. Walter-Borjans, das Wort.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, den Raum etwas ruhiger zu verlassen, damit der Finanzminister die gebotene Ruhe hat.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Entwurf für einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2010 vor.

Nun hat es im Vorfeld schon eine ganze Reihe von starken Worten gegeben. Da war die Rede von Rekordverschuldung, vom Griechenland-Beauftragten der Landesregierung,



Fakten, so wie sie sind, jetzt einmal annimmt und dass man auf der Grundlage diskutiert.

Wenn jemand meint, er müsse klagen, dann muss er klagen. Allerdings kann ich dann nur Herrn Mostofizadeh zustimmen und sagen: Dann müsste man wirklich alles, was an Vorsorgemaßnahmen auf dem Prüfstand steht, auf den Prüfstand stellen. Dann könnten wir hingehen und auch diese Kosmetik machen und sagen: Wir haben nur noch zwei bis drei Milliarden Schulden und haben uns selber und die Menschen im Land belogen. – Dafür bin ich nicht zu haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zum Nachtragshaushalt 2010 nicht vor, sodass wir damit zum Gesetz zur **Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes** für das Jahr 2010 kommen können.

Ich eröffne die Beratung und erteile zur **Einbringung** des Gesetzentwurfs für die Landesregierung Herrn Innenminister Jäger das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:** Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtages! Die Landesregierung hat sich für diese Legislaturperiode ein zentrales Vorhaben vorgenommen: Wir wollen an der Seite unserer Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen. Wir wollen ihnen in Augenhöhe begegnen, ihre Probleme ernst nehmen. Wir wollen mit dem Aktionsplan Kommunalfinanzen die Verbesserung der kommunalen Finanzsituation herstellen. Wir wollen vor allem die Kommunen in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig machen, und dies trotz der auch für das Land schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen.

Wir haben Ihnen ein GFG vorgelegt, das eine Soforthilfe für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Nachtragshaushalts 2010 in der Größenordnung von 300 Millionen € vorsieht. Dieser Gesetzentwurf enthält folgende Kernpunkte: Die bisherige Befrachtung in der Größenordnung von 166 Millionen € zur Konsolidierung des Landeshaushaltes durch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen wird entfallen. Wir werden die Kommunen wieder mit vier Siebteilen an den Erträgen des Landes an der Grunderwerbsteuer beteiligen. Wir werden diese rund 300 Millionen € als zusätzliche Mittel nach der Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2010 aufteilen, das heißt auf die Schlüsselzuweisungen und die Investitionspauschalen. Insgesamt steigt damit die zu verteilende Fi-

nanzausgleichsmasse für die Kommunen im GFG 2010 um fast 4 % auf 7,9 Milliarden €.

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz auf die Haushalts- und Finanzlage der 396 Kommunen eingehen. Diese Situation ist infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich verschlechtert. Festzustellen ist, dass sich die Kommunen in der schwersten Haushaltskrise seit Jahrzehnten befinden. In den Kommunen herrscht nur noch geringer politischer und finanzieller Handlungsspielraum. Dafür gibt es letztendlich zwei bzw. zweieinhalb Gründe.

Erstens sind die seit Jahren stetig steigenden kommunal zu finanzierenden Aufwendungen für soziale Leistungen zu nennen. Im Jahre 2009 haben die Kommunen soziale Leistungen für insgesamt 12,4 Milliarden € erbracht. Das war eine Steigerung um 4,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Der zweite Grund: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu massiven Einbrüchen bei den Steuereinnahmen geführt. Insgesamt ist festzustellen, dass in 2009 gegenüber dem Vorjahr die Steuereinnahmen der Kommunen um 1,8 Milliarden € zurückgegangen sind. Das stellt ein Minus von rund 10 % dar. Allein die Gewerbesteuer ist 2009 um durchschnittlich 20 % eingebrochen. Das bringt viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen in große Schwierigkeiten.

Der Finanzierungssaldo, also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in den Kommunen, lag 2009 bei minus 2 Milliarden €. Im laufenden Haushaltsjahres 2010 ist zu befürchten, dass dieser Negativrekord noch einmal übertroffen wird.

Parallel dazu hat das Statistische Bundesamt in der vergangnen Woche Zahlen veröffentlicht, wonach der Schuldenberg auf kommunaler Ebene derzeit deutlich schneller wächst als auf Bundes- und Landesebene. Das bereitet der Landesregierung, das bereitet den kommunalen Spitzenverbänden große Sorgen, wie mit diesen hohen Fehlbeträgen in den kommunalen Haushalten umgegangen werden soll.

Ausdruck dieser Fehlbeträge ist der sprunghafte Anstieg der Liquiditätskredite. Sie sind inzwischen mit Stand 30.06.2010 für die Kommunen in NRW auf 19,5 Milliarden, fast 20 Milliarden, gewachsen. Meine Damen und Herren, das stellt in dem Zeitraum von 2005 bis 2010 eine Verdoppelung der Liquiditätskredite in Nordrhein-Westfalen dar.

Die Zahl der Kommunen, die zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet sind, ist ebenfalls sprunghaft angestiegen. Waren bis 2009 „nur“ 63 Kommunen, die haushaltssicherungspflichtig waren, so ist jetzt nach Stand 30.06. dieses Jahres im laufenden Haushaltsjahr davon auszugehen, dass sich diese Zahl auf 169 Kommunen erhöhen wird.

Besonders bedenklich ist aber die Entwicklung, dass 139 von diesen 169 Kommunen die gesetzli-

chen Voraussetzungen für ein Haushaltssicherungskonzept nicht mehr erfüllen können und unter dem sogenannten Nothaushaltsrecht stehen. Somit war die Zahl der Kommunen mit einem Nothaushalt noch nie so groß wie in diesem Jahr. Nach dem derzeitigen Stand sind rund 35 Kommunen bereits bilanziell überschuldet oder es droht ihnen die Überschuldung.

Man kann feststellen, dass in 35 nordrhein-westfälischen Kommunen der gesamte kommunale Besitz, die gesamte kommunale Infrastruktur nicht mehr den Bürgerinnen und Bürgern gehört, sondern ausschließlich den kreditgebenden Banken.

Ein wesentlicher Faktor dafür, dass diese Situation eingetreten ist, ist eine nachhaltige Schwächung der Finanzausstattung der Kommunen durch die letzte schwarz-gelbe Landesregierung. Die Kommunen wurden in den Jahren 2005 bis 2010 durch Maßnahmen der Vorgängerregierung in Milliardenhöhe zugunsten des eigenen Haushaltes belastet. Ich will ohne Anspruch auf Vollständigkeit nur die wesentlichen Punkte herausgreifen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Allein der Wegfall des Anteils an der Grunderwerbsteuer hat den Kommunen zwischen 2007 und 2010 eine halbe Milliarde Euro entzogen.

Die Beibehaltung der Befrachtung, die 1999 eingeführt worden ist, weil sich die Finanzsituation der Kommunen gegenüber dem Land besser darstellte – dieser Grund ist längst weggefallen –, macht alleine 166 Millionen € jährlich aus.

Die alte schwarz-gelbe Landesregierung hat die Krankenhausumlage für die Kommunen von 20 auf 40 % verdoppelt. Das hat einen zusätzlichen jährlichen Fehlbetrag von 110 Millionen € in den kommunalen Haushalten bewirkt.

Die Abschaffung des Defizitausgleichs bei den Elternbeiträgen hat die Kommunen jeweils mit 80 Millionen € im Jahr belastet.

Daneben ist festzustellen, dass die alte Landesregierung die Mittel vom Bund zur Deckung der Betriebskosten für die Betreuung unter Dreijähriger nicht vollständig an die Kommunen weitergeleitet hat.

Meine Damen und Herren, wir schlagen Ihnen in diesem Nachtragshaushalt ein GFG 2010 vor, das insgesamt ein Volumen von fast 7,9 Milliarden € hat. Damit erreicht die Finanzausgleichsmasse in diesem Nachtragshaushalt nahezu vollständig das GFG 2009, das als höchste Finanzausgleichsmasse aller Zeiten galt. Damals wurden 7,973 Milliarden € an die Kommunen ausgezahlt. Obwohl die Wirtschafts- und Finanzkrise mit voller Wucht auch die Steuereinnahmen des Landes getroffen hat, stellen wir den Kommunen nahezu die gleiche Finanzmasse zur Verfügung wie im letzten Jahr, weil wir glauben, dass dies erforderlich ist.

Ich darf zusammenfassend feststellen: Diese Landesregierung erkennt, dass die Kommunen in der schwierigsten Finanzsituation seit Jahrzehnten sind. Diese Feststellung ist in diesem Hause in den vergangenen Jahren bedauerlicherweise nicht getroffen worden. Wir sind entschlossen, den Kommunen bereits in diesem Jahr eine Soforthilfe in der Größenordnung von 300 Millionen € zur Verfügung zu stellen,

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

weil es darum geht, ihnen das zurückzugeben, was Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, ihnen unrechtmäßig genommen haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wollen neben dieser Soforthilfe – wie gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden, vielen Oberbürgermeistern, Landräten und Bürgermeistern bereits angekündigt – eine nachhaltige und wirksame Konsolidierungshilfe im Haushaltsjahr 2011 unter dem Stichwort „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zur Verfügung stellen und darüber hinaus in diesem Haushalt Betreuungsmittel in der Größenordnung von 150 Millionen € – wie bereits von der alten Landesregierung versprochen – bereitstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam, dass sich der überwiegende Teil der 396 Kommunen in einer bedrohlichen und außerordentlich gefährlichen finanziellen Situation befindet. Dieser Nachtrag zum Haushalt 2010, Teil Gemeindefinanzierungsgesetz, versucht der schlimmsten Finanznot, die in den Gemeinden zurzeit herrscht, mit einer Soforthilfe zu begegnen.

Ich hoffe auf eine konstruktive Beratung. Es geht darum, dass unseren Städten und Gemeinden nicht länger das Wasser abgegraben wird und wir ihnen auch zukünftig nachhaltig helfen. Das ist die Verpflichtung des Landes; das ist die Verpflichtung der Landesregierung. Ich hoffe, dass das Parlament dieser Ansicht folgen wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger.

Ich eröffne die **Aussprache zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes**. – Das Wort hat der Abgeordnete Löttgen von der Fraktion der CDU.

**Bodo Löttgen (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf den Zuschauertribünen! Die Landesregierung will das Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 mit diesem Nachtragshaushalt um 300 Millionen € erhöhen. Das ist – da stimme ich meinen Vorrednern in der vorhergehenden Debatte zu – die Abkehr von einer soliden und seriösen Finanzpolitik

zugunsten einer Schuldenpolitik auf Kosten kommender Generationen. Das wird leider auch bei der Gemeindefinanzierung deutlich.

Zur besseren Einordnung und Bewertung dieser Maßnahme möchte ich drei Sätze der damaligen Oppositionsführerin und heutigen Ministerpräsidentin, die ihre Wertschätzung für die Kommunen heute leider nicht durch ihre Anwesenheit dokumentiert, aus dem Jahr 2005 zitieren.

(Zurufe von den GRÜNEN: Och! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo sind Herr Latschet und Herr Biesenbach?)

– Bleibt ruhig!

Das erste Zitat aus der Regierungserklärung vom 14. Juli 2005 – wenn Sie sich ab jetzt aufregen, Herr Körfges, kann ich das verstehen – lautet:

„Meine Damen und Herren, die Regierungserklärung und auch der Koalitionsvertrag lassen den Willen zur konkreten Haushaltskonsolidierung und zum Schuldenabbau nicht erkennen. Es bleibt bei allgemeinen Ankündigungen.“

Oh! – In der gleichen Rede – Zitat – heißt es:

„Damit es auch für die Menschen in diesem Land, die uns jetzt zuschauen und zuhören, ganz klar ist: ... Jeder Euro höhere Verschuldung fällt zukünftig Ihnen“

– gemeint war damals Ministerpräsident Dr. Rütgers –

„auf die Füße.“

Noch besser kommt es in der Rede der damaligen Oppositionsführerin zum zweiten Nachtragshaushalt vom 26. Oktober 2005 – Zitat –:

„Ich halte fest: Sie nehmen für dieses Jahr weit mehr Schulden auf als nötig. Sie legen sich einen Sparstrumpf aus teuer geliehenem Geld an. ... Zur Rechtfertigung reden Sie über eine angebliche Schlussbilanz der vorherigen Landesregierung.“

Meine Damen und Herren, das ist wirklich ein Stück aus dem politischen Tollhaus, was da aufgeführt wird.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Diese Sätze, sehr geehrter Herr Kommunalminister, zeigen eines überdeutlich: Zwischen dem moralinsauren Anspruch als Opposition und dem eigenen Regierungshandeln liegen bei der heutigen Einbringung des Nachtragshaushaltes Welten.

Meine Damen und Herren, diese Sätze sind demaskierend. Das ganze Ausmaß dieses rot-grünen Finanzwackelpuddings wird aber erst deutlich, wenn man eine Aussage aus der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin vom 15. September 2010 hinzufügt – Zitat –:

„Wir wissen um unsere Verpflichtung, unseren Kindern und Enkeln keinen Schuldenberg zu hinterlassen. Unser Ziel ist es deshalb, vom nächsten Jahr an die Neuverschuldung schrittweise zu senken.“

Frei nach Wilhelm Busch macht die Ministerpräsidentin sich mit der Landesregierung auf Kosten kommender Generationen einen schlanken Fuß: Ich bin Pessimistin für die Gegenwart, aber Optimistin für die Zukunft. – Herzlichen Glückwunsch!

Sie, Frau Ministerpräsidentin – ich spreche sie an, auch wenn sie nicht da ist –, sagen dies vor dem Hintergrund einer zusätzlichen Nettoneuverschuldung unseres Bundeslandes von 2,7 Milliarden € in diesem Jahr, die allein Sie und die Landesregierung zu verantworten haben. Sie sagen dies vor dem Hintergrund eines Schuldenberges von 110 Milliarden €, den Sie uns nach 39 Regierungsjahren 2005 vor die Tür gekippt haben. „Verschieben, verstecken, vergessen“, so hat der Finanzminister das eben genannt. Das war aber Ihre Devise bis 2005, und jetzt ist sie es leider wieder.

Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen und von der Regierung, haben das Gewicht des Schuldenbumerangs noch einmal kräftig erhöht und damit leider auch die Schmerzen, die dieser Bumerang bei denjenigen auslösen wird, die er trifft.

Die CDU-Fraktion sieht so wie Sie – da gibt es keinen Dissens – die Notwendigkeit, den Kommunen wieder finanziellen Spielraum zu verschaffen. Wir sind keine Opposition der Verweigerung. Im Gegenteil: Wir werden uns keiner sinnvollen und langfristig – sprich: strukturell – wirksamen Maßnahme verschließen, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn Ihnen als Regierung so sehr an einem Konsens gelegen ist, wie die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung betonte, warum verknüpfen Sie dann Ihre heutige, aus unserer Sicht untragbare Neuverschuldungsorgie auch noch mit kaum haltbaren Botschaften in Richtung der Kommunen?

Zitat aus Punkt 3 der gemeinsamen Erklärung der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände vom 10. September 2010:

„Die Landesregierung wird ... mit dem ‚Aktionsplan Kommunalfinanzen‘“

– das ist genau der Punkt, über den wir heute sprechen –

„für eine spürbare Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung sorgen und die Kommunen wieder handlungsfähig machen.“

Sehr geehrter Herr Kommunalminister, was versteht die Regierung eigentlich darunter, Kommunen wieder handlungsfähig zu machen und für eine spürbare Entlastung zu sorgen? – Fünf Beispiele:

Die Liquiditätskredite der Stadt Wuppertal betragen rund 1,3 Milliarden €. Aus dem Nachtragshaushalt fließen 8,3 Millionen €, das sind 0,64 % der Liquiditätskredite.

Die Liquiditätskredite Ihrer Stadt Duisburg betragen rund 1,6 Milliarden €. Aus dem Nachtragshaushalt fließen 16 Millionen €, das sind 1,05 % der Liquiditätskredite.

Die Stadt Dorsten hat Gesamtverbindlichkeiten von 321 Millionen €, davon 174 Millionen € als Liquiditätskredite. Der Zinsaufwand beträgt in 2010 rund 17,5 Millionen €. Jeder Prozentpunkt, den die Zinsen in die Höhe gehen, würde die Stadt Dorsten 1,5 Millionen € kosten. Die Zuweisungen aus dem Nachtragshaushalt betragen aber nur 1,4 Millionen €.

Die Ausgaben für Leistungsaufwendungen des Amtes für Soziale Angelegenheiten im Oberbergischen Kreis, Produktgruppe 5, betragen 2010 70,4 Millionen €. Aus dem Nachtragshaushalt fließen aber nur 1,8 Millionen €, das sind 2,5 % dieser Leistungsaufwendungen.

Der Zülpicher Kämmerer Ottmar Voigt sagte im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 27. August 2010: Jährlich fehlen der Stadt 8 Millionen € Einnahmen, um den Haushalt zu decken. – Zülpich erhält aus dem Nachtragshaushalt rund 195.000 €, also etwa 2,5 % der fehlenden Mittel. Das Resümee des Kämmers: Da nützen ein paar Euro von oben nur bedingt.

Die Bewertung Ihres heute eingebrachten Nachtragshaushalts kann also nur lauten: Spürbar vielleicht, ein Schritt zur Handlungsfähigkeit der Kommunen aber wohl kaum. Anspruch und Wirklichkeit liegen beim sogenannten „Aktionsplan Kommunalfinanzen“ ebenso weit auseinander, wie dies bei den Redebeiträgen der ehemaligen Oppositionsführerin und heutigen Ministerpräsidentin der Fall ist.

Natürlich nimmt die kommunale Familie diesen Tropfen auf den heißen Stein dankend entgegen. Wer wollte ihr das verübeln? Aber alle miteinander wissen: Die stetig steigenden Soziallasten als Kernproblem der strukturellen Unterfinanzierung bleiben bestehen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Haben Sie etwas dagegen unternommen?)

Nur wenn dieses kommunale Finanzleck mithilfe des Bundes teilweise oder ganz geschlossen werden kann, ist der Einsatz von Landesmitteln und damit Steuermitteln zu rechtfertigen. Andernfalls bedarf es bei den derzeitigen Steigerungsraten im Sozialsystem keiner Prophetie, um zu erkennen, dass die Wirkung der eingesetzten Mittel schnell verpuffen wird.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Bodo Löttgen (CDU):** Sehr gern.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege Zimkeit will fragen. Bitte schön.

**Stefan Zimkeit (SPD):** Danke schön, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich habe Sie gerade so verstanden, dass die Mittel, die vom Land bereitgestellt werden, um die Situation der Kommunen zu verbessern, nicht ausreichen. Kann ich dann davon ausgehen, dass Sie im Rahmen der weiteren Debatte die Erhöhung dieser Mittel beantragen werden?

**Bodo Löttgen (CDU):** Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Frage, weil ich in meiner Antwort klarstellen kann, warum ich diese Beispiele genannt habe. Ich habe die Beispiele aufgeführt, weil Sie als regierungstragende Fraktionen zusammen mit dem Kommunalminister gesagt haben – ich zitiere noch einmal Punkt 3 der gemeinsamen Erklärung –: Mit dem, was wir heute beschließen, kommt es für die Kommunen zu einer spürbaren Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Die Kommunen werden wieder handlungsfähig.

(Marc Herter [SPD]: Das stimmt nicht!)

– Selbstverständlich stimmt das! Beschließen wir heute nicht den „Aktionsplan Kommunalfinanzen“?

(Marc Herter [SPD]: Nein, den beschließen wir heute nicht komplett!)

– Doch, den beschließen wir heute.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auf das zurückkommen, was notwendig ist. Der Wuppertaler Oberbürgermeister Peter Jung hat es gestern bei einer Zusammenkunft der KAG auf den Punkt gebracht: Die Kommunen brauchen eine finanzielle Unterstützung durch das Land und durch den Bund, und zwar nicht nacheinander, sondern möglichst gleichzeitig.

(Marc Herter [SPD]: Ein Anruf bei Frau Merkel!)

Zusammen mit der Beseitigung hausgemachter Probleme, die vermutlich in jeder Kommune zu finden sind, könnte daraus ein gangbarer Weg werden.

(Minister Ralf Jäger: Ich höre ganz genau zu!)

– Ich kann verstehen, wenn Sie sich darüber aufregen, denn Sie machen gerade das Gegenteil davon. Ihre selbstdefinierten Ambitionen, sehr geehrter Herr Kommunalminister, die Kommunen mit dem „Aktionsplan Kommunalfinanzen“ und dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ wieder finanziell handlungsfähig zu machen und strukturell nachhaltige Lösungen zu produzieren, gefährden dieses Ziel aber.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Bodo Löttgen (CDU):** Einen Moment bitte. – Auf Bundesebene könnte der falsche Eindruck entstehen, dass Sie in der Lage sind, die Probleme aus eigener Kraft zu lösen, sodass die notwendige Hilfe für NRW nicht mehr ganz so nötig erscheint. Vielleicht, sehr geehrter Herr Innen- und Kommunalminister, denken Sie noch einmal über Prioritäten und Kausalitäten Ihrer Politik nach, damit ein gemeinsamer Weg für die Lösung kommunaler Probleme in diesem Haus gefunden werden kann.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Zwischenfrage. Bitte schön, Herr Kollege Bell. Sie können sie stellen. Der Kollege hatte Ihnen die Zwischenfrage genehmigt.

**Dietmar Bell (SPD):** Ist Ihnen bekannt, dass der Wuppertaler Oberbürgermeister die Pläne der Landesregierung ausdrücklich unterstützt und auf die Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion setzt, um letztlich auch Druck auf die Bundestagsfraktion Ihrer Partei zu machen, damit sie bei der Gemeindefinanzreform entsprechende Schritte zur Sanierung der Kommunalfinanzen einleitet?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Bodo Löttgen (CDU):** Ich bin auch für diese Frage dankbar, Herr Kollege, weil sie mir Gelegenheit lässt, zu sagen, was diese Landesregierung unter „Verhandeln auf Augenhöhe“ versteht.

Die Vertreter von 27 sogenannten Memorandumskommunen haben mit der Ministerpräsidentin und dem Innen- und Kommunalminister in der Staatskanzlei eine gemeinsame Erklärung unterschrieben. Da hat sich der Bürgermeister noch gefreut. Am nächsten Tag hat er sich nicht mehr gefreut, als er nämlich feststellte, dass die Wohngelderstattung die Stadt Wuppertal nicht trifft. Das wurde am Vortag überhaupt nicht besprochen.

(Marc Herter [SPD]: Das waren doch Ihre Fehlberechnungen!)

Das versteht diese Regierung unter „Verhandeln auf Augenhöhe“.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich sage Ihnen: Da muss noch viel mehr passieren, damit Sie auf Augenhöhe mit den Kommunen verhandeln können.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuzuruf von Dietmar Bell [SPD])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Als nächster Redner spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Herter. Bitte schön.

**Marc Herter (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Löttgen, Ihre länglichen Ausführungen über die Neuverschuldung dieses Nachtragshaushalts in allen Ehren, aber Sie hätten dem Plenum vielleicht die Wahrheit zumuten sollen, wie Sie diese Neuverschuldung bisher vermieden haben:

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

indem Sie sie diese Neuverschuldung in die Kasse der Kommunen getragen

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

und so dafür gesorgt haben, dass genau diese 300 Millionen €, um die es jetzt geht, da aufgelaufen sind.

Sie können uns das nicht madig machen: Heute ist ein guter Tag für die Kommunen und die Menschen im Land,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

weil erstmals seit Jahren eine der staatlichen Ebenen – Bund, Land – nicht mit Kürzungen und Belastungen auf sie zukommt, sondern mehr Geld – und das nicht einmalig, sondern nachhaltig und verlässlich – über die Systematik des GFG zur Verfügung stellt. Wir reden nicht nur, wir handeln.

Sicher, Herr Löttgen: Dies ist nur der erste Schritt. Aber genau deshalb stimmt das, was Sie sagen, auch nicht. Hätten Sie auf den Beratungsgegenstand geguckt, hätten Sie festgestellt, dass wir heute nicht über den gesamten „Aktionsplan Kommunalfinanzen“ mit 300 Millionen € beschließen,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

sondern das GFG wieder in den Stand versetzen, in den es gehört, damit die Kommunen ordentlich ausgestattet sind und der Griff in die kommunale Kasse endlich beendet wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es geht auch nicht um Almosen. Es geht darum, dass das an die Kommunen zurückgegeben wird, was ihnen zusteht. Es ist das gute Recht der Kommunen, jetzt ihren Anteil an den Landessteuern zu erhalten und nicht mehr an der Konsolidierung des Landeshaushaltes beteiligt zu werden.

(Zustimmung von Hans-Willi Körfges [SPD])

„Konsolidierungsbeitrag“ ist übrigens ein gutes Stichwort. Absurder geht es nicht mehr. Sie beklagen hier wortreich die Situation in den Kommunen und dass das alles nicht ausreicht. Neuerdings beklagen Sie das. 2 Milliarden € Kassendefizite per

anno, 20 Milliarden € insgesamt an Dispokredit – Stand 30. Juni –, Dutzende Städte im Nothaushaltsrecht, fast jede Stadt in Nordrhein-Westfalen in der Haushaltssicherung – und da gehen Sie hin und machen das, was Sie so wortreich beklagen: Sie greifen genau diesen Städten, über die Sie hier so wortreich reden, in die Tasche und beteiligen sie – ich sage: immer noch – an der Konsolidierung des Landeshaushalts mit 170 Millionen € Jahr für Jahr. Es ist gut, dass wir das heute beenden. Das ist ein guter Tag für die Städte in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, das stimmt: Rot-Grün hat diesen Konsolidierungsbeitrag im Jahr 1999 eingeführt. Aber ich bin hier nicht der Verteidiger für eine solche Entscheidung. Richtig ist auch: Sie, Herr Löttgen, haben diesen Beitrag über Jahre beibehalten, obwohl Sie in den Prognosen der Landessteuern in den Jahren 2006, 2007 und 2008 immer ein Milliardenplus verzeichnet haben. Trotzdem haben Sie gesagt, dass die Kommunen weiterhin an der Konsolidierung des Landeshaushalts beteiligt sein müssen. Sie haben sogar noch einen draufgesetzt: Im Jahre 2007 reichte Ihnen das nicht aus, und Sie haben weitere 130 Milliarden € bei den Kommunen eingesammelt.

Was Ihre Kommunalpolitiker dazu sagen, dass wir das jetzt beenden, hat Norbert Römer, mein Fraktionsvorsitzender, Ihnen vorhin schon erläutert. Ich will Ihnen sagen, was Ihre Kommunalpolitiker angesichts der Vorlage, die hier mit dem GFG auf dem Tisch liegt, tun, was etwa der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU, der Oberbürgermeister der Stadt Hamm, Herr Thomas Hunsteger-Petermann, tut. Der hat nämlich die 3 Millionen €, die der Anteil der Stadt Hamm an einem beschlossenen GFG wäre, schon in die Prognose für die Haushaltsrechnung zum 31. Dezember eingestellt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Kluger Mann!)

So rechnet dieser Oberbürgermeister mit der Durchsetzungsfähigkeit der rot-grünen Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen in diesem Hause. Es wäre schön, wenn Sie ihn nicht enttäuschen würden, Herr Löttgen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Natürlich: Durchgreifend und nachhaltig werden wir erst mit einer Neuverteilung der Soziallasten die Situation der Kommunen verbessern. Ja, wir, die Regierungskoalition, wollen das gemeinsam mit Ihnen, mit CDU und FDP und auch mit den Linken, gemeinsam tun. Wir wollen den Bund an dieser Stelle in die Pflicht nehmen, die Kassen der Kommunen wieder aufzufüllen mit dem, was ihnen im Bereich der Soziallasten zusteht. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie glaubwürdig ist es denn, wenn wir als Land gleichzeitig unsere Grififel noch in den Kassen der Kommunen haben? Auch das gehört zur Wahrheit dazu!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb ist dieser erste Schritt notwendig, um Ihren bisherigen Raubzug durch die kommunalen Kassen zu beenden. Ich lade Sie herzlich ein, dabei mitzumachen. Lassen Sie uns diesen ersten Schritt des gemeinsamen „Aktionsplans Kommunal Finanzen“, dem alle drei großen Spitzenverbände so zugestimmt haben, gehen. Enttäuschen Sie die Spitzenverbände nicht! Enttäuschen Sie die Menschen in den Kommunen nicht! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Herter. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Kollege Mostofizadeh.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es nur wiederholen: Heute ist ein guter Tag für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Steigende Schulden!)

– Das, Herr Löttgen, ist genau das Stichwort; darauf werde ich sofort eingehen. Als Haushalts- und Kommunalpolitiker in Personalunion werde ich es mir nicht nehmen lassen, diesen Brückenschlag heute hier ausführlich darzulegen und an der Stelle dem Parlament Ihre erneute Doppelzüngigkeit – wie nannte man das früher bei Winnetou: Häuptling Gespaltene Zunge – sehr klar darzulegen.

Sie suggerieren hier eine Situation, als wäre zu Ihrer Regierungszeit unheimlich viel Geld an die Kommunen geflossen, auch unter härtesten Haushaltsbedingungen, und als seien ganz im Gegensatz dazu in den Jahren 2000 bis 2004, also zu rot-grüner Zeit, horrend Steuereinnahmen da gewesen und dennoch hätten die Kommunen geblutet. Weil ich es Ihnen schon im Kommunalausschuss vorgerechnet habe und es auch die amtliche Statistik hergibt, sodass es sich an der Stelle insofern um kein Herrschaftswissen handelt, wissen Sie: Das genaue Gegenteil ist der Fall, Herr Kollege Löttgen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich will Sie mit den Zahlen nicht langweilen, aber zwei, drei Schmankerl kann ich mir an der Stelle nicht ersparen. Rechnen wir die Steuereinnahmen der Jahre 2000 bis 2004 zusammen, kommen wir auf eine Größenordnung von etwa 174 Milliarden €. In den Jahren 2005 bis 2009 waren es genau 18 Milliarden € mehr. Man kann das zwar nicht plump rechnen, das ist mir klar, aber wenn man 23 % drauflegen würde, ergäbe alleine das schon einen Unterschied von 4,2 Milliarden €, die Sie im Vergleich zur rot-grünen Regierung den Kommunen abgenommen haben.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Löttgen?

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Von Herrn Löttgen gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Kollege Löttgen.

**Bodo Löttgen (CDU):** Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. Ich muss drei Sätze in Ihrer Rede zurückspringen. Sie haben ausgeführt, dass unsere Politik bei den Kommunen praktisch keine positive Wirkung hinterlassen hätte. Da Sie Haushaltspolitiker und Kommunalpolitiker sind, sind Ihnen sicherlich die Zahlen des kommunalen Finanzierungssaldos 2007/2008 geläufig. Vielleicht würden Sie mir noch einmal sagen, wie diese Zahlen – Herr Jäger hat für 2009 von minus 2 Milliarden € gesprochen – ausgesehen haben und worauf das zurückzuführen ist.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Kollege Löttgen, ich müsste nachschauen, wie die Summen im Einzelnen gewesen sind. Ob es 1,2 Milliarden € oder 1,3 Milliarden € waren, das weiß ich jetzt nicht ganz genau. Ich trage Ihnen einfach einmal vor, was ausgeschüttet worden ist.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

– Nein, in Nordrhein-Westfalen stimmt das schlichtweg nicht. Sie heben an der Stelle auf die bundesweiten Zahlen ab.

Jetzt wird deutlich, Herr Kollege Löttgen, wo Sie aus meiner Sicht völlig am Thema vorbei argumentieren. Ich habe argumentiert, was das Land gegenüber den Kommunen tut. Sie argumentieren mit den Sondereinflüssen der Gewerbesteuererinnahmen, für die Sie überhaupt nichts können, Herr Kollege Löttgen. Das ist meine klare Antwort. Sie haben in den Jahren 2007/2008 nicht mehr, sondern weniger ins GFG getan; ich werde Ihnen gleich die Liste vortragen. Das führt dazu, dass die Kommunen jetzt, in steuerschwächeren Jahren – die Situation ist im Übrigen aber immer noch besser als zu unserer Regierungszeit –, komplett unter der Last zusammenbrechen. Selbst in den Jahren 2007/2008 hatten wir im Ruhrgebiet Städte mit einem negativen Finanzierungssaldo, sodass sie die Schulbücher für die Kinder nicht bezahlen konnten. Und Sie sagen, das seien gute Jahre für die Kommunen gewesen? Das ist schon ein starkes Stück!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Weil in der Haushaltsdebatte eben immer mit Plattitüden argumentiert wurde, möchte ich es jetzt plastisch formulieren. Ich sage Ihnen einfach mal eine Zahl, damit das herüberkommt: Im Jahr 2004 sind

von Rot-Grün 7,23 Milliarden € ins GFG gegeben worden – bei Steuereinnahmen von 33,9 Milliarden € im Jahr 2008 waren es 7,57 Milliarden €, also knapp mehr, bei 42 Milliarden € Steuereinnahmen, also 8 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen für das Land. Das ist die Situation, die wir in Nordrhein-Westfalen vorgefunden haben.

CDU und FDP haben ganz dreist in die kommunalen Kassen gegriffen; das wurde ja im Einzelnen aufgeführt. Die Krankenhauskosten hat der Minister angesprochen. Die Grunderwerbssteuer ist weggefallen. Bei der Weiterbildung sind Mehrbelastungen angefallen. Und und und! Sie haben im Prinzip das gemacht, was die FDP den Kommunen vorwirft, nämlich überall Steuereinnahmequellen gesucht. Sie haben quasi keinen Bereich ausgelassen, um den Kommunen in die Taschen zu greifen oder Belastungen auf sie abzuwälzen.

Weil es so schön ist und weil Sie selber es heute vorgetragen haben – Sie haben nach einem Beispiel dafür gefragt, wo Lasten abgewälzt worden sind und Geld nicht geflossen ist –, will ich es Ihnen mal mit dem merkwürdigen Vokabular des gelben Fraktionsvorsitzenden sagen: Sie haben beim Thema „Umweltverwaltung“ vor dem Verfassungsgericht eine „krachende Niederlage“ erlitten, erzählen hier aber, solche Vorgänge hätte es bei Ihnen nicht gegeben. Das ist wieder ein starkes Stück.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will nicht schulmeisterlich sein wie FDP und CDU, erlaube es mir an der Stelle aber doch einmal: Ich finde es reichlich erbärmlich, dass Sie von hier vorne immer jemanden herauspicken und sagen, der sei jetzt nicht da und habe deswegen keine Wertschätzung für das Thema. Gucken Sie mal, wie Ihre Reihen gerade aussehen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will das nicht weiter ausweiten. Vielleicht lassen wir dieses erbärmliche schulmeisterliche Spiel mal sein, konzentrieren uns auf die Redebeiträge und machen keine Ausflüchte. In der Sache zu argumentieren wäre, glaube ich, hilfreich.

Das tue ich jetzt auch! Der Kollege Weisbrich hat es sich eben in der Haushaltsdebatte nicht nehmen lassen, vorzutragen, dass wir dieses Jahr weniger in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen, weil Rot-Grün die Regierung übernommen hat. Auf welchem Stern lebt dieser Mensch eigentlich? Wir haben Mitte des Jahres die Regierung übernommen und sind schon jetzt – nach zwei Monaten – schuld daran, dass der Länderfinanzausgleich nach unten geht? Das glaubt der nicht wirklich. Er hat es wieder nur vorgetragen, um den Menschen, die sich vielleicht nicht so intensiv mit dem System auseinandersetzen – das hängt ja auch viel mit Vergangenheitsbewältigung zusammen –, zu suggerieren, als hätte das politische Handeln im Lande zur Basis. Das versucht er zu suggerieren.

Dabei wird deutlich, auf welcher Basis Sie Kommunal- und Haushaltspolitik machen. Sie sind sich für keine Plattitüde, für kein Bonmot der untersten Sohle zu schade, um es im Parlament vorzutragen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Um noch einmal auf den positiven Kern des GFG zurückzukommen – man kann es nicht oft genug sagen –: Wir haben tatsächlich eine schwierige haushaltspolitische Lage. Im Dezember kommen zusätzliche 300 Millionen € echtes Geld – egal, wie es vorher gewesen ist – bei den Kommunen an, wenn der Nachtragshaushalt vom Parlament beschlossen wurde. Ferner werden – das ist auch wichtig – 150 Millionen € zweckgebunden für den Ausbau der U3-Betreuung an die Kommunen weitergeleitet, damit die Kindertagesstätten ausgebaut werden können. Die Kommunen erhalten mithin fast eine halbe Milliarde Euro, was Sie – und das ist ein echter Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP – mit Händen und Füßen versucht haben zu verhindern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine letzte Bitte habe ich noch an den Innenminister, den Kommunalminister: Es wäre schön, wenn wir relativ schnell wissen könnten, welche konkreten Beträge das für die einzelnen Kommunen ausmachen würde. – Das ist heute herausgegangen, höre ich gerade. Das ist sehr schön.

**(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)**

Dann können wir vor Ort – auch gegenüber den Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP – deutlich machen, wo und wie es in den einzelnen Städten besser wird, weil Rot-Grün in diesem Land regieren und Sie zum Glück nicht mehr verhindern können, dass es den Kommunen etwas besser geht als vorher.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Engel das Wort.

**Horst Engel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 16,80 € je Einwohner – das ist die Summe, die Rot-Grün im vorliegenden Nachtragshaushalt vorgesehen hat, um unsere Kommunen vor der drohenden Pleite zu retten – 16,80 € pro Einwohner!

(Karl Schultheis [SPD]: Wie war das heute Morgen mit den 5 €?)

Bei einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung unserer Städte und Gemeinden von rund 3.000 € brüsten sich SPD und Grüne mit kommunalen Finanzhilfen in Höhe von 16,80 €. Das ist ungefähr so, als würde man eine Murmel in die Nordsee wer-

fen, um den Meeresspiegel anzuheben – eine Lachnummer.

(Karl Schultheis [SPD]: Wie viel sind denn 5 €?)

Doch so wirklich zum Lachen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Vorhaben nicht; denn das Land muss zur Finanzierung der 16,80 € Schulden in Höhe von 300 Millionen € aufnehmen – für eine Maßnahme, die noch nicht einmal die Wirkung eines Tropfen Wassers auf den heißen Stein entfaltet.

Was treibt Rot-Grün? – Die Antwort ist einfach und hier auch schon dargestellt worden: Es ist knallhartes strategisches Kalkül, mit dem sich die Koalition gleich zu Beginn der Wahlperiode aus ihrer kommunalen Verantwortung stehlen will.

Dabei gehen SPD und Grüne folgendermaßen vor – Herr Körfges hat es vorhin fast wortwörtlich schon geschildert –: Auf der Grundlage von Schulden, die der Vorgängerregierung als Abschlussbilanz unterjubelt werden,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Nicht untergejubelt, nachgewiesen!)

finanzieren Sie Ihre Antrittsgeschenke. Diese werden medial so positioniert, dass der Eindruck entsteht, als würden sich SPD und Grüne ernsthaft und nachhaltig für die Belange unserer Städte und Gemeinden einsetzen. Anschließend wird die Linkskoalition mit ihrem Geldgeschenk in Höhe von 16,80 € und einem weiteren Trick behaupten – das ist hier schon fast wörtlich vorgetragen worden –: Das Land hat alles in seiner Macht Stehende getan, den Rest muss Berlin machen.

Ich sage Ihnen voraus, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Linkskoalition wird Alibimaßnahmen machen und parallel hierzu die Verantwortung für unsere Städte und Gemeinden sukzessive auf die Bundesebene abwälzen. In den Ausschusssitzungen des Landtags merkt man bereits, wie dies rhetorisch vorbereitet wird. Worte wie – Zitat –: Das Land darf seine Kommunen nicht im Regen stehen lassen und auf Hilfen des Bundes vertrösten – Grüne, 24. Februar 2010 –, werden wir zukünftig wohl selten hören. Auch Belehrungen wie – Zitat –: „Jede Hilfe des Landes vom Handeln des Bundes abhängig zu machen, wird der Verantwortung einer Landesregierung nicht gerecht“ – Grüne, 3. März 2010 –,

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

wird es in Zukunft voraussichtlich allenfalls noch in Kombination mit dem Verweis auf 16,80 € Landesmittel geben.

Mit dieser Verschuldenspolitik richten Sie von der Linkskoalition in Nordrhein-Westfalen nachhaltigen Schaden an. Das ist schlimm. Ihr Nachtragshaushalt ist völlig fehl am Platze.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben noch nie so hohe finanzielle Zuwendungen erhalten wie durch die alte Landesregierung von CDU und FDP in der vergangenen Legislaturperiode:

(Beifall von der FDP)

zwischen 2006 und 2010 insgesamt 10,6 Milliarden € mehr!!! – drei Ausrufezeichen – als unter Rot-Grün zwischen 2001 und 2005. Allein im Krisenjahr 2009 haben wir über das GFG – das übrigens 90 % aller fiktiven Bedarfe ausgleicht, bundesweit der höchste Wert – die historische Rekordsumme von 7,9 Milliarden € bereitgestellt. Im laufenden Jahr liegt die Summe mit 7,6 Milliarden € immer noch auf dem zweithöchsten Stand in der Landesgeschichte. Aktuell geht mehr als jeder vierte Euro des Landeshaushalts in die kommunalen Kassen, und das alles ohne Nachtragshaushalt.

Hinzu kommt das Konjunkturpaket II, in dessen Rahmen wir über 84 % des Gesamtfördervolumens schnell und unbürokratisch an die Kommunen weitergeleitet haben – bundesweit die höchste Weiterleitungsquote aller Länder –: Fast 2,4 Milliarden € an zusätzlichen Mitteln für Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

(Karl Schultheis [SPD]: Und wer hat das Konjunkturpaket auf den Weg gebracht?)

Zudem haben wir mit dem Haushaltsgesetz 2010 Regelungen getroffen, die es auch finanziell angeschlagenen Kommunen ermöglichen, an besonders wichtigen Förderprogrammen zu partizipieren.

Es kann also wirklich niemand behaupten, wir hätten uns landesseitig nicht intensiv um die finanziellen Belange unserer Kommunen gekümmert.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Natürlich konnten wir die wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen und die parallel ansteigenden Soziallasten in der Krise nicht vollständig kompensieren. Dies wäre keiner Landesregierung möglich gewesen. Wir haben die Krise aber bestmöglich abgefedert und so den Kommunen Luft zum Atmen gegeben.

Die Krise ist nun hoffentlich vorbei. Die Gewerbesteuerprognosen lassen jedenfalls Gutes erwarten. Und mit der Erholung des Arbeitsmarktes wird es auch zu Entlastungen bei den Sozialausgaben kommen.

(Karl Schultheis [SPD]: Wollen Sie die nicht abschaffen, Herr Engel?)

Darüber hinaus arbeitet die Gemeindefinanzkommission an einer grundsätzlichen Umstrukturierung der Soziallastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Dies alles sind Tatsachen, die SPD und Grünen ohne eigenes Zutun in die Hände spielen. Doch trotz dieser guten Grundvoraussetzungen hält die

Linkskoalition an ihrem Plan fest, ihre Amtszeit mit der höchsten Nettoneuverschuldung in der Landesgeschichte zu beginnen, mit insgesamt fast 9 Milliarden €.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss jetzt auch zu einem rhetorischen Trick greifen. Die Frau Ministerpräsidentin ist nicht im Saal. Die „Welt am Sonntag“ titelte – das war am 19.09.2010 – zu Recht: „Frau Kraft – die Schuldenkönigin“.

Während wir uns noch abgemüht haben, für einen Mentalitätswechsel im Lande zu sorgen – jeder muss seinen Konsolidierungsbeitrag bringen –, wird Frau Kraft – die zehn Sätze will ich Ihnen nicht ersparen – in diesem Artikel wie folgt zitiert:

„Der Gegensatz zwischen Hannelore Kraft und Angela Merkel konnte kaum größer sein.“

(Beifall von der SPD – Hans-Willi Körfges [SPD]: Gott sei Dank!)

„Die Ministerpräsidentin und die Bundeskanzlerin demonstrierten am vergangenen Mittwoch“

– der vergangene Mittwoch war der 15. September 2010 –

„beinahe zeitgleich, wie unterschiedlich Sie mit Finanzen umgehen. Die Sozialdemokratin Kraft verkündete in ihrer ersten Regierungserklärung neue Rekordschulden für Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr und betonte: ‚Die Politik des Rotstiftes bringt bestenfalls nur kurzfristige Entlastungen.‘“

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

– Das wird Sie einholen. –

„Die Christdemokratin Merkel wiederum begründete bei der Einbringung des Bundeshaushaltes 2011 ihren Sparkurs und mahnte: ‚Deutschland lebt über seine Verhältnisse.‘ Sie wandte sich auch kritisch an die mehrere Hundert Kilometer entfernte Ministerpräsidentin: ‚Wenn man sich manche Landeshaushalte ansieht, zum Beispiel den von Nordrhein-Westfalen, dann hat man den Eindruck: Das findet alles im luftleeren Raum statt und hat mit der realen Welt überhaupt nichts zu tun.‘

Im neuen Bundesetat sollen bis zu 35 % der Ausgaben gekürzt werden, während die rot-grüne Landesregierung neue Kredite in gleicher Größenordnung aufnehmen will.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden verstehen, dass Sie uns mit dieser Politik nicht an Ihrer Seite finden werden. Bei Ihnen scheint der Begriff Nachhaltigkeit eine völlig neue Bedeutung zu bekommen: hohe Schulden zulasten der späteren Generationen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Die Linke hat die Frau Abgeordnete Demirel das Wort.

**Özlem Alev Demirel (LINKE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung weist zu Recht darauf hin, dass die Zahl der Kommunen, die zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet sind, sprunghaft angestiegen ist. Tatsächlich unterliegen die meisten dieser Kommunen dem sogenannten Nothaushalt. Und es stimmt auch, dass etwa 35 Kommunen bereits bilanziell überschuldet sind oder ihnen der Eintritt in die Überschuldung droht.

Doch leider vergessen Sie, meine Damen und Herren, in Ihren Entwurf aufzunehmen und auch in Ihren bisherigen Reden darüber zu sprechen, wer denn schuld an der Situation ist. Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, wer war denn bis letztes Jahr noch in der Bundesregierung? Wer stellte denn da noch den Finanzminister? Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, wer hat denn Hartz IV und damit Armut per Gesetz eingeführt und gleichzeitig mal eben immense Sozialausgaben für die Kommunen verursacht?

(Beifall von der LINKEN)

Wer war das denn? – Das waren doch genau Sie. Alle Parteien in diesem Hause bis auf unsere Partei hatten dabei die Finger mit im Spiel. Vielleicht erinnern Sie sich selber noch daran.

Meine Herren von der CDU und der FDP, wer saß denn einige Jahre hier in Nordrhein-Westfalen in der Landesregierung, sitzt gerade in der Bundesregierung und hat in dieser Zeit völlig unzureichende Bundesmittel und Landesmittel an die Kommunen weitergeleitet? Wer war das denn? Ich muss hier nicht lange argumentieren. Ein paar Stichworte reichen völlig aus: U 3, KiBiz, Krankenhausinvestitionen, Schülerbeförderungsmittel usw. usf.

Das alles macht deutlich, dass Sie es, meine Damen und Herren von der FDP und CDU, waren, die die Kommunen damit weiter ausgeblutet haben. Ich weiß, dass ältere Herren dazu neigen, ab und an etwas zu vergessen. Deshalb wollte ich es mir hier nicht verkneifen, Sie noch einmal daran zu erinnern.

(Beifall von der LINKEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, manchmal wird in diesem Hause so getan, als ob die Kommunalfinanznot eine traurige Folge der Krise oder von den Kommunen teilweise eigenverschuldet sei. Doch dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Die eigentlichen Ursachen der kommunalen Finanznot liegen viel tiefer. Das ist Ihnen, meine Damen und Herren, allen genauso klar wie mir.

Selbstverständlich gab es auch Kommunen, die unnötig Gelder für Prestigeprojekte verwendet haben – die wir von den Linken übrigens vor Ort im-

mer abgelehnt haben. Trotzdem ist dies nur ein kleiner Teil der Wahrheit.

Vielmehr ist die Finanznot der Kommunen Ausdruck eines strukturellen Problems. Das Prinzip der Konnexität wurde missachtet. Der Landeshaushalt wurde auf Kosten der Kommunen konsolidiert.

Umso mehr freut es mich und meine Fraktion heute, dass die neue Minderheitsregierung jetzt einige Korrekturen vorgenommen hat, so zum Beispiel die Aufhebung der von CDU und FDP beschlossenen Streichung des Anteils der Kommunen an der Grunderwerbsteuer. Es ist auch zu begrüßen, dass die Kommunen wieder denselben Anteil an dieser Grunderwerbsteuer wie 2006 erhalten werden. Auch die Aufhebung der seit 1999 – das war wieder unter einer SPD-Grünen-Regierung – existierenden, vom Land eingeführten Befrachtung des Verbundsatzes – Sie wollen sie rückgängig machen – erfreut uns.

(Beifall von der LINKEN)

Das zeigt uns zumindest, dass die neue Landesregierung vielleicht einen Schritt weiter gehen wird, als die früheren von SPD und Grünen getragenen Landesregierungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das entscheidende Problem für die Kommunen ist aber – das kann man nicht oft genug sagen – die Einnahmeseite. Die Steuerpolitik aller Vorgängerregierungen im Land und aller Regierungen im Bund hat den Kommunen den Boden unter den Füßen weggezogen. Die Daten des DIW – wahrlich kein linkes Institut – machen eins deutlich: Ihre Politik – damit spreche ich alle Parteien an: SPD, Grüne, CDU und FDP, wobei bei Letzterer wohl schon alles verloren ist – hat das Vermögen der Reichen und Superreichen auf Kosten der öffentlichen Haushalte erhöht.

Deshalb brauchen wir ein radikales Umdenken in der Steuerpolitik.

(Beifall von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Die von Ihren Parteien in Bund und Ländern vorgenommenen Änderungen des Steuerrechts beinhalten folgenschwere Fehler, die sich jetzt zusehends auswirken. Durch die Steuerpolitik Ihrer Parteien, meine Damen und Herren von FDP, CDU, SPD und Grünen, wurden die Steuereinnahmekapazitäten der Kommunen massiv beschnitten.

Exemplarisch wäre hier die Abschaffung der Gewerbesteuer zu nennen: Bis 1998 brachte diese als Bestandssteuer neben der komplett gewinnabhängigen Gewerbesteuer auch konjunkturunabhängige Einnahmen. Wir alle wissen, dass den Löwenanteil der kommunalen Finanzeinnahmen heute die Gewerbesteuer bringt. Die Gewerbesteuer greift allerdings nur in Zeiten guter Konjunktur und ist extrem von der Ertragslage der Gewerbebetriebe abhängig. Sie stützt sich auf die Gewinne von

Unternehmen. Dementsprechend fallen in Zeiten der Krise die Einnahmen natürlich geringer aus.

Die Lösung ist jedoch nicht, die Gewerbesteuer abzuschaffen, wie es die FDP favorisiert, sondern sie auf eine breitere Grundlage zu stellen. Deshalb fordern wir zum Beispiel, dass Selbstständige und Freischaffende in die Bemessungsgrundlage eingerechnet werden.

(Beifall von der LINKEN)

Aus diesem Grunde fordern wir auch die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Gemeindefinanzsteuer einzusetzen. Dies ist übrigens eine von den Gewerkschaften schon sehr lange erhobene Forderung, der Sie aber, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, bis heute leider nicht nachgekommen sind. Vielleicht hilft es Ihnen ja, dass Herr Guntram Schneider nun auch im Ministerium sitzt. Zumindest wollen wir die Hoffnung noch nicht verlieren.

Außerdem fordern wir auf Bundesebene eine Milliardensteuer, eine Vermögensteuer, eine Börsenumsatzsteuer, eine Ausweitung der Erbschaftsteuer und endlich wieder vernünftige Spitzensteuersätze. Das ist Ihnen allen natürlich schon längst bekannt. Wir wissen aber auch, dass sich SPD, Grüne, CDU und FDP in der Vergangenheit nicht getraut haben, genau hier ranzugehen und sich mit den Superreichen und den Konzernen anzulegen.

(Beifall von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Stattdessen haben Sie in der Vergangenheit auf den verschiedensten Ebenen der Politik Steuergeschenke an Reiche und Konzerne gemacht und die Lasten auf die unteren Ebenen der Politik, sprich: bis auf die Kommunen, sowie über Sozialkürzungen auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt. Wenn Sie tatsächlich etwas ändern wollen, dann muss dieser Politik endgültig ein Ende gesetzt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Uns ist natürlich auch klar, dass wir nicht warten können – das wollen wir auch gar nicht –, bis sich etwas im Bund bewegt. Wir wollen auch auf Landesebene unsere Möglichkeiten voll ausschöpfen. So wollen wir etwa auch auf Landesebene die wenigen Einnahmemöglichkeiten, die wir haben, wieder ausschöpfen und dabei einiges erhöhen.

Leider stellen wir fest, dass in den Nachtragshaushalt die von uns beantragten Stellen für Steuerprüfer – deren Einstellung Minister Walter-Borjans bereits begrüßt hatte – noch nicht eingeflossen sind. Das würde uns zukünftig mehr Einnahmen bringen.

Zudem wollen wir auch eine Verkaufsflächensteuer einführen: Alle Unternehmen sollen nach der Verkaufsfläche ihrer Gebäude gleich besteuert werden, sofern diese 20.000 m<sup>2</sup> übersteigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun möchte die neue Landesregierung tatsächlich das Ausbluten

der Kommunen beenden – ein Ziel, das wir durchaus teilen. Die primäre Aufgabe des Finanzausgleichs ist es nun einmal, eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten. Gegen Ausbluten reicht aber ein kleines Millionenpflaster leider überhaupt nicht aus.

Wir von der Linken wollen die Situation der Kommunen dagegen mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen verbessern. Wir brauchen ein Investitionsprogramm, das vor allem die kommunale Ebene und die öffentliche Infrastruktur stärkt. Wir wollen ein Entschuldungsprogramm, das die Altschulden wie auch die Sicherung gegen eine erneute Schuldenfalle umfasst.

(Zuruf von der CDU)

Wir sollten auch durchaus über ein Zinsmoratorium diskutieren. Wir fordern ein Zinsmoratorium und die Neuverhandlung der erdrückenden Zinslasten mit dem Ziel ihrer nachhaltigen Senkung. Eine Kommune allein könnte das nicht, weil sie später nicht mehr als kreditwürdig gelten würde. Vom Land aus könnte man das allerdings koordinieren – das wäre einmal eine effektive Maßnahme in diesem Lande.

(Beifall von der LINKEN)

Wir müssen die Kommunen wieder in die Lage versetzen, selbstverwaltet zu agieren, der Rotstift-Politik ein Ende zu setzen und Personalabbau und Privatisierung zu verhindern;

(Zuruf von der CDU)

denn letztlich haben die Kommunen und die öffentlichen Haushalte keinen Selbstzweck, sondern sie sollen und müssen den Bürgerinnen und Bürgern dienen.

Meine Damen und Herren, was Sie von der Minderheitsregierung hier heute vorgelegt haben ist ein kleiner Hüpf. Meine Fraktion hofft darauf, dass dem noch ein paar ordentliche Sprünge folgen – wenn nicht, werden wir von der Linksfraktion Ihnen gerne auf die Sprünge helfen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion der SPD hat der Abgeordnete Körfges das Wort.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir scheinen in der Unterstützung der Planung der Landesregierung den Punkt offensichtlich richtig gesetzt zu haben. Ich freue mich darüber, dass Nordrhein-Westfalen wieder einen Kommunalminister hat, der den Namen auch verdient.

Ich sehe in dem vorliegenden Nachtrag ein erstes und sehr deutliches Signal. Durch die Tatsache,

dass viele Kolleginnen und Kollegen der Opposition über alles andere, nur nicht über die tatsächliche Situation der Kommunen geredet haben, sehe ich mich da auf der richtigen Spur. Ich finde, das ist ein prima Anfang im Interesse unserer Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kollege Engel, Sie haben eben zu Recht gesagt: Es kann niemand behaupten, wir hätten uns nicht um die Finanzen der Kommunen gekümmert. – Das bedeutet nichts Positives. Ich glaube, die Erleichterung darüber, dass Sie in diesem Land nichts mehr zu sagen haben, ist bei keiner Berufsgruppe größer als bei den Kämmerern in unserem Land.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie müssen sich auf eine Maßeinheit einigen. Heute Morgen habe ich in einer ganz anderen Debatte vernommen, dass 5 € angeblich ein riesiger Sprung sind. Das sehen meine Fraktion und ich ganz anders. Wer gleichzeitig sagt, 16,80 € pro Einwohner seien gar nichts, sollte sich mit einem Hauptverwaltungsbeamten einer strukturschwachen Großstadt in Nordrhein-Westfalen unterhalten.

Ich habe das gestern gemacht und mit dem Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach gesprochen. Er hat sich wie viele andere Hauptverwaltungsbeamte – egal, welcher Partei sie angehören – herzlich bei mir dafür bedankt, dass diese Landesregierung und hoffentlich eine Mehrheit in diesem Hause der Stadt Mönchengladbach wieder Handlungsspielräume in einer Höhe von 4,3 Millionen € pro Jahr eröffnen.

Meine Damen und Herren, dabei handelt es sich nur um das, was wir den Kommunen zunächst aus Anstandsgründen zurückgeben. Herr Kollege Löttgen, wir haben nicht mehr und nicht weniger getan, als den Kommunen zurückzugeben, was Sie ihnen aus der Tasche genommen haben.

Es mutet schon satirisch an, dass Sie bezogen auf den Landeshaushalt ganz laut schreien: Haltet den Dieb! – Das ist eine unehrliche Politik. Denn ernsthaft hat die Vorgängerregierung überhaupt nichts in unserem Land konsolidiert. Sie haben den Schuldenstand seit Ihrer Amtsübernahme von 106 Milliarden € auf die Höchstsumme

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

von fast 130 Milliarden € gebracht – trotz sprudelnder Steuereinnahmen in unserem Land. Das Einzige, was Sie geschafft haben, ist, dass sie diese angebliche Konsolidierung auf Kosten unserer Kommunen betrieben haben. Darunter leiden unsere Kommunen jetzt noch.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich nehme den Hinweis dankbar auf, dass sich alle Welt auf den Weg nach Berlin machen will. Prima!

Gehen wir doch alle zusammen. Wenn dieses Vorhaben hier zum Teil euphorisch angepriesen wird, muss ich allerdings warnen: Angesichts des tatsächlichen fiskalischen Verhaltens der Bundesregierung habe ich zwar Hoffnung, dass wir uns auf den Weg begeben. Aber ich habe wenig Hoffnung, dass diese Bundesregierung irgendetwas Positives für unsere Kommunen tut. Dieses Verhalten der Bundesregierung kann für uns jedoch nicht als Ausrede erhalten, im Land nichts zu machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich mit einer letzten, den Landeshaushalt im Engeren betreffenden Bemerkung schließen. Die Kommunen und das Land bilden nicht nur politisch, sondern auch verfassungsrechtlich eine Verantwortungseinheit, meine Damen und Herren. Herr Minister Jäger hat dargestellt, wie dramatisch sich die finanziellen Verhältnisse immer weiter zuspitzen. Was passiert, wenn die erste Kommune in Nordrhein-Westfalen tatsächlich den Zustand der Zahlungsunfähigkeit erreicht hat? – Das ist verfassungsrechtlich einfach erklärt: Dann fällt all das dem Land Nordrhein-Westfalen und zwar auch uns als Haushaltsgesetzgeber des Landes vor die Füße.

Genau deshalb müssen wir jetzt nach unserem Grundsatz, präventiv zu handeln, diese Situation aktiv bekämpfen, uns an die Seite der Kommunen stellen und geraderücken, was die Vorgängerregierung und die sie tragenden Fraktionen unseren Kommunen angetan haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Körfges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Mostofizadeh das Wort.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Nur noch einige kurze Anmerkungen.

Ich hoffe, ich habe es falsch gehört, Herr Kollege Engel: Sie haben eben behauptet, die Bundesregierung würde 35 % ihres Etats kürzen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, liegt der Bundeshaushalt bei etwa 250 Milliarden €. Dann müsste es auf 80 bis 90 Milliarden € zugehen. Ich habe immer von 20 Milliarden € im jetzigen Haushalt gehört. Das ist eine größere Diskrepanz. Vielleicht sortieren Sie sich auch diesbezüglich noch einmal. Auch auf anderen Feldern der Haushaltspolitik haben Sie heute mehrfach unter Beweis gestellt, dass Sie nicht mit richtigen Zahlen und Fakten argumentieren, sondern einfach bunt in den Raum hineinrufen.

Ein wichtiger Punkt sind auch die Solidarlasten, die immer wieder angesprochen werden. Natürlich ist das der Kern; das hat der Minister auch gesagt.

Natürlich muss der Bund die Kommunen insbesondere in Nordrhein-Westfalen von den Kosten der sozialen Transferleistungen befreien oder entlasten oder zumindest einen großen Teil übernehmen – Stichwort: Kosten der Unterkunft. Das ist unstrittig.

Aber wir können doch nicht auf der einen Seite sagen, dass die Kommunen am Ende sind, auf der anderen Seite als Landeshaushaltsgesetzgeber jedoch nichts tun, weil der Bund auch nichts tut. Wir lassen sie also noch tiefer in den Schlund rutschen, weil der Bund nichts tut?!

In Richtung von CDU und FDP sei auch gesagt: „Gleichzeitig“ geht bei diesem Thema nicht. Wir haben gelernt – das hat der 9. Mai gezeigt –: Bevor man gleichzeitig im Land und im Bund eine Entlastung hinbekommt, muss man zunächst einmal Schwarz-Gelb ablösen. Das ist im Bund leider noch nicht der Fall.

Ein letzter Punkt. In der letzten Legislaturperiode war es in diesem Hohen Hause bzw. vonseiten der Landesregierung Mode, von Konsolidierung zu sprechen. Wie der Finanzminister gesagt hat: Konsolidierung heißt nicht, dass man in die Tasche des Nachbarn greift, ihm Geld wegnimmt und in die eigene Tasche steckt. Konsolidierung heißt, durch eigene Maßnahmen, durch eigene Konsolidierungsanstrengungen eine Verminderung des laufenden Etats hinzubekommen. Das haben Sie erkennbar nicht geschafft. Sie haben in die Taschen der Kommunen gegriffen. Das ist keine Senkung der Staatsverschuldung, sondern ein Spiel von der rechten Tasche in die linke Tasche.

Und zudem hat dieses Spiel ganz harte Folgen. In den strukturschwachen Kommunen bedeutet das, dass zum Beispiel Kinder kein Geld bekommen, ein Schulbuch zu kaufen, oder es keine kleine Bibliothek gibt, sodass Kinder, die knapp über Hartz-IV-Niveau liegen, auf diese Weise vielleicht doch Lehrmittelfreiheit genießen könnten. Über diese Situation reden wir.

Ich bin es auch leid, mir von der FDP suggerieren zu lassen, die Kommunen wären dabei, den Eiffelturm noch zwei Stockwerke höher zu bauen. Nein, wir reden darüber, ob Kindertagesstätten mit vernünftigen Fenstern versehen sind, ob Kinder etwas zu Essen bekommen und ob eine vernünftige Betreuung stattfindet. Wir reden über elementare Dinge und nicht darüber, dass die Leute das Geld zum Fenster hinauswerfen. Dagegen verwahre ich mich.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Engel.

**Horst Engel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Körfges, noch einmal: Die 16,80 € oder die 5 €, die Sie gebracht haben, sind für sich gesehen kleine Zahlen. Im Verhältnis zu dem, was Sie bewirken wollen, sind das Tropfen auf den heißen Stein.

Wenn die Redner der Minderheitskoalition wenigstens an einer einzigen Stelle gesagt hätten, dass wir insgesamt zu einem Mentalitätswechsel weg von der Verschuldungspolitik hin zu ausgeglichenen Haushalten kommen müssen, hätte ich hier anders vorgetragen. Aber nicht ein einziger Redner der Minderheitskoalition hat auch nur ansatzweise darauf einen Hinweis gegeben.

(Beifall von der FDP)

Und wenn Herr Mosto ...

(Britta Altenkamp [SPD]: Mostofizadeh!)

– Entschuldigung, ich lerne das noch.

Sie haben die Zahlen der Bundesregierung angezweifelt. Ich habe nur aus der Zeitung zitiert. Der entscheidende Satz heißt:

„Im neuen Bundesetat sollen bis zu 35 Prozent der Ausgaben gekürzt werden, während die rot-grüne Landesregierung neue Kredite in gleicher Größenordnung aufnehmen will.“

Ich verbürge mich dafür nicht, denn ich bin nicht verantwortlich für die Zahlen. Ich habe nur zitiert.

Ich habe zitiert, denn – das ist eben schlimm – wie kann es sein, dass Ihre Ministerpräsidentin sagt: „Die Politik des Rotstiftes bringt bestenfalls nur kurzfristige Entlastungen“?

Reden Sie mal mit Ihren Kollegen in Duisburg, mit den Grünen dort.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Abgeordneter.

**Horst Engel (FDP):** Ich komme zum Schluss.

Die Grünen hatten im Jahr 2009 auf ihrer Homepage stehen: Wir machen es genauso wie Oberhausen. Solange das Land nicht zahlt, weigern wir – die Oberhausener – uns, rechtsverbindliche Beschlüsse zu fassen, damit wir den Konsolidierungspfad beschreiten.

Solange Sie diese Haltung weiter bedienen – und Sie bedienen mit diesen 300 Millionen € und mit dem, was Sie drumherum an Atmosphäre schaffen, diese Haltung –, Herr Kommunalminister, finden Sie bei uns keinerlei Unterstützung.

(Beifall von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Danke schön, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Die Linke steht

noch Herrn Sagel auf meiner Liste, der allerdings nur noch eine Redezeit von zwei Sekunden hätte.

(Rüdiger Sagel [LINKE] winkt ab.)

– Darauf verzichtet er großzügig.

Damit gebe ich das Wort für die Landesregierung Herrn Minister Jäger.

**Ralf Jäger**, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Engel, Herr Löttgen, ich gestehe Ihnen zu: Sie haben es nicht einfach. Das erklärt ein bisschen die politischen Pirouetten, die Sie heute in einem Tempo und mit einer Drehung schlagen, die schon faszinieren.

Ich kann verstehen, dass Sie nicht gerade mit Freude in der Zeitung lesen, dass Ihre eigenen Parteifreundinnen und -freunde von der kommunalen Ebene den Kurs dieser Landesregierung deutlich befürworten. Ich kann aber die Widersprüchlichkeit in Ihrer beider Argumentation nicht verstehen. Sie müssen sich mal für etwas entscheiden. Was ist es denn jetzt: Tun wir zu wenig, oder tun wir zu viel? Diese Frage wollen Sie heute offensichtlich überhaupt nicht beantworten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will deutlich machen: Ich habe überhaupt nicht den Anspruch formuliert, auch nur annähernd die kommunale Finanzkrise in der Größenordnung von mehr als 2 Milliarden € Defizit in diesem Jahr durch den Nachtragshaushalt zum GFG 2010 zu beseitigen. Das war nicht einmal ansatzweise der Fall, Herr Engel und Herr Löttgen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Doch!)

– Nein. Ich erkläre Ihnen auch gleich etwas zum Aktionsplan „Kommunalfinanzen“, der deutlich über den Nachtragshaushalt 2010 hinausgehen soll.

Worum geht es heute? Es geht heute ausschließlich darum, eine schwarz-gelbe Schlussbilanz für das Haushaltsjahr 2010 zu ziehen. Dazu gehört auch die Tatsache, systematisch etwas zurückzuführen, was ich wie folgt beschreiben will: Sie haben in einer Situation, in der sich unter Ihren Augen die Schulden der Kommunen von 10 Milliarden € auf nahezu 20 Milliarden € verdoppelt haben

(Manfred Palmen [CDU]: Kassenkredite! Nicht Schulden!)

und in der erste Kommunen Probleme haben, ihre rechtlichen Pflichtaufgaben mit Kreditmitteln zu erfüllen, skrupellos in die Kassen der Kommunen gegriffen.

(Beifall von der SPD)

Das geschah unter zwei Überschriften.

Erstens. Ich fände – das will ich nicht näher kommentieren – an Ihrer Stelle die Titel „Konsolidie-

rungsbeiträge des Landeshaushaltes durch die Kommunen“ und „Wegfall der Vier-Siebtel-Beteiligung bei den Grunderwerbssteuern“ überlegenswert. In einer Situation, in der die Kommunen finanziell am Stock gingen, haben sie nicht die Finger aus deren Kassen lassen können, um vermeintliche Konsolidierungspolitik zu betreiben.

Ein Teil dieser Schlussbilanz, Herr Engel und Herr Löttgen, besteht darin darzustellen, dass wir den Kommunen das zurückgeben, was ihnen gehört und was Sie ihnen weggenommen haben.

(Beifall von Marc Herter [SPD])

Das hat nichts mit einer tatsächlichen Konsolidierung der Kommunalfinanzen zu tun. Aber das ist der Ehrlichkeit der Bilanz geschuldet.

Zweitens. Sie wollen das Wort „Einladung“ nicht hören. Ich sage es trotzdem.

Das Land Nordrhein-Westfalen war in der von Ihnen zitierten Gemeindefinanzkommission bisher mit zwei Vertretern beteiligt. Das einzig Nennenswerte, was diese beiden Vertreter bis zum 9. Mai in dieser Kommission eingebracht haben, war, Beifall bei der Abschaffung der Gewerbesteuer zu klatschen – im Übrigen ohne eine echte Alternative vorzulegen.

Das ist nach dem 9. Mai und nach der Regierungsbildung anders. Wir bringen uns dort anders ein. Wir brauchen eine Bundesbeteiligung bei den Kommunalfinanzen – nicht, weil wir das allein nicht stemmen könnten, sondern weil das systematisch notwendig ist. Denn es kann nicht sein, dass Kommunen für zu geringe Renten beispielsweise in der Grundsicherung ...

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Minister, würden Sie eine Frage des Abgeordneten Engel zulassen?

**Ralf Jäger**, Minister für Inneres und Kommunales: Ich würde meine Rede gern zu Ende führen.

Oder bei Eingliederungsmaßnahmen für behinderte Menschen muss sich der Bund beteiligen. Es ist schlichtweg nicht zu leisten, dass derartige Sozialleistungen in ihrer Dynamik langfristig durch Kommunalfinanzen zu stemmen sind.

Deshalb lade ich Sie herzlich ein: Lassen Sie uns gemeinsam auf diese Kommission einwirken, damit der Bund und das Land ihrer Verantwortung gerecht werden und damit die Kommunen von diesen Soziallasten entlastet werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Drittens. Herr Löttgen, Sie haben gesagt: Das sind nur 300 Millionen €, jetzt ist der Aktionsplan abgearbeitet.

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

– Doch, das haben Sie in Ihrer Rede deutlich gesagt, Herr Löttgen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Dann lesen Sie im Protokoll nach!)

Sie wissen es doch besser. Was wollen wir machen? Ich spreche nochmals die Einladung aus, es gemeinsam zu tun. Denn wenn diese Verschuldungsrate in den Kommen so weitergeht wie in den letzten fünf Jahren Ihrer Regierungszeit, implodiert das komplette System.

(Manfred Palmen [CDU]: Das hat doch nichts mit uns zu tun!)

Wir müssen etwas tun. Das ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse hier im Landtag nur gemeinsam möglich.

Dieser Aktionsplan „Kommunal Finanzen“, Herr Löttgen, sieht im Übrigen nicht nur diese 300 Millionen € in einer Verstetigung vor, denen das wiederzugeben, was Sie ihnen weggenommen haben, sondern es geht darum, dass wir gemeinsam mit dem Bund über eine Entlastung der Soziallasten durch einen eigenen Beitrag des Landes, aber noch mal durch Beiträge der Kommunen dazu kommen, das strukturelle Defizit von 2 Milliarden € auf Null zu führen, um Licht am Ende des Tunnels sehen zu können.

Herr Löttgen, Herr Engel, da können Sie sich wehren, wie Sie wollen: Wenn Sie Verantwortung für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zeigen wollen, dann gibt es zu diesem Weg keine Alternative. Sie sind herzlich eingeladen, dabei mitzugehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Die Wortmeldung des Abgeordneten Engel hat sich damit offensichtlich erledigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind am Ende des Tagesordnungspunktes 2.

Nach der Vereinbarung der Fraktionen soll der **Gesetzentwurf Drucksache 15/200** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration**, an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**, an den **Haupt- und Medienausschuss**, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**, an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, an den **Rechtsausschuss**, an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, an den **Kulturausschuss** sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** mit der Maßgabe **überwiesen**

werden, dass die Beratung des Personalhaushaltes einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Überweisungsempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt der Überweisungsempfehlung nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung erfolgt.

Wir stimmen nun über die **Überweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes Drucksache 15/207** ab. Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung des Gesetzentwurfs an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer der Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt der Überweisungsempfehlung nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit ist auch hier die Überweisung erfolgt.

Ich rufe auf:

### **3 Prävention von Alkoholsucht verbessern und Versorgungsdefizite bei alkoholkranken Menschen reduzieren!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/43

Ich eröffne die Beratung. – Das Wort hat Herr Dr. Romberg. Bitte schön.

**Dr. Stefan Romberg (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Medien und Agenturmeldungen taucht das Thema „Alkohol“ fast täglich auf. Der Fokus wird hauptsächlich auf die Jugendlichen gerichtet, die immer mehr vergiftet in Kliniken landen. Wenn man sich einmal ganz objektiv die Daten ansieht – es ist für ein Landesparlament notwendig, sich anzusehen, was in Nordrhein-Westfalen passiert –, dann stellt man fest, dass dieses Problem in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen immens zugenommen hat.

Wurden im Jahre 2000 noch gut 14.000 Menschen aus NRW-Kliniken mit der Diagnose „akute Alkoholvergiftung“ entlassen, so waren es im Jahre 2008 schon mehr als 23.000 Patienten. Das ist eine Steigerung um weit mehr als 80 %. Das ist sehr bedenklich. Mittlerweile ist bei Männern Alkohol Einweisungsgrund Nummer eins. Die alkoholbedingten Störungen liegen in der Behandlungsstatistik an NRW-Kliniken knapp hinter der Herzschwäche auf Platz 2.

Zum Altersdurchschnitt: Häufig standen in den letzten Jahren die Jugendlichen im Fokus der Medien. Besonders bedenklich ist die Gruppe der 15- bis 20-Jährigen, in der es einen immensen Anstieg auch in absoluten Zahlen gegeben hat. Man sollte aber

